

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Courteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Inserionsgebühr
beträgt für die fünfgehaltene
Zeitspaltel oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 43.

Breslau, Dienstag, den 19. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Diäten!

Zum so und so vielen Male hat der Reichstag mit großer Majorität beschlossen, daß seinen Mitgliedern Diäten gezahlt werden sollen. So oft dieser Beschluß auch schon vom Bundesrathe zurückgewiesen worden — der Reichstag thut Recht daran, ihn unerschrocken zu erneuern. Denn wenn auch einst Bismarck mit seinem ganzen Hochmuth dem Reichstag zugerufen hat: „Sie imponiren mir damit gar nicht!“, so braucht sich der Reichstag durch die Beschlüsse des Bundesraths ebensowenig imponiren zu lassen. So brüt man wenigstens auf der äußersten Linken.

Die Regierung hat in der Sache geschwiegen und man kann wohl sagen: „Keine Antwort ist auch eine Antwort.“ Um so mehr haben die Conservativen in dem Sinne der Regierung gesprochen.

Zwar sehen wir, daß die Herren Junker im preussischen Abgeordnetenhaus die Diäten einfordern, ohne dabei „moralische Bedenken“ zu hegen. Aber diese Bedenken steigen ihnen beim Reichstage auf. „Dier könnten sich“, so hieß es, „Erwerbs-Parlamentarier“ herausbilden. Er, ein höchst artiger Ausdruck! Der könnte kostbaren Renten gefallen und sie könnten weitere Anwendung von demselben machen. Es hat sich, könnten sie sagen, im Reichstage eine Interessengemeinschaft gebildet, welche aus der Gesetzgebung Nutzen gezogen hat. Sie hat allein durch die Zuckerexportprämie mehrere hundert Millionen Mark eingespart; sie hat eine erhebliche Anzahl von Millionen durch die bedeutende Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle eingeholt und sie sacht jetzt noch alljährlich 41 Millionen „Liebesgabe“ aus der Branntweinsteuer ein, die sie nach ihrem Bedürfnis zugeschnitten hat. Haben wir nicht, könnte der boshafte Mensch fragen, einen wirklichen Erwerbsparlamentarismus vor uns, der jährlich viele, viele Millionen kostet und gegen dessen Bezüge die Summen der Erwerbsdiäten eine Bagatelle sind?

Aber wir wollen so boshafte nicht sein und wollen solche Behauptungen nicht aufstellen. Nein, nein, die Herren Agrarier haben nur „das Wohl der Landwirtschaft“ im Auge gehabt. Sie sahen es ja selbst, und da muß man es wohl glauben. Nur soll man auf der rechten Seite nicht so unvorsichtig sein und so gefährliche Schwärze in die Discussion werfen.

Weiter hieß es auf der Rechten, die Ergänzung, das Correlat des allgemeinen Wahlrechts sei die Diätenlosigkeit. Daß heißt soviel, daß man mit derselben unbemittelte Abgeordnete fernhalten oder, besser gesagt, der Socialdemokratie Schwierigkeiten bereiten will. Aber trotzdem in den von Bismarck veranlaßten famosen Diätenproben einzelnen socialistischen Abgeordneten die aus der Parteikasse verabsolgt Diäten durch den Gerichtsvollzieher wieder abgenommen worden sind — hat niemals die Diätenlosigkeit für die Socialdemokratie ein ernstes Hinderniß gebildet? Es giebt in Deutschland ein Parlament, das auf allgemeinem Wahlrecht beruht und Diäten erhält; das ist der württembergische Landtag. Dort streichen die Junker auch ihre Diäten ein, und wir sind der Meinung, daß sie sich sehr dagegen sträuben würden, wenn man die Diäten aufheben wollte.

Der Widerstand der Conservativen gegen die Diäten hat so wenig einen höheren Gesichtspunkt, als die Haltung dieser Partei gegen die Wiederherstellung der Freifahrtkarten in der früheren Form. Es handelt sich nur um eine Chicane gegen die Socialdemokratie. Das Ideal der Herren wäre erreicht, wenn das Wahlrecht so beschnitten werden würde, daß die Wahl von socialdemokratischen Abgeordneten unmöglich wäre. Dann würden die Junker und Bourgeois möglichst hohe Diäten mit Vergnügen einstreichen, und es gäbe weder Bedenken noch „Erwerbsparlamentarier.“

Vor einiger Zeit wurde in mittelparteilichen Blättern die Frage eines Handels in der Diätenfrage angeregt. Man handelt jetzt ja mit so vielen Artikeln: mit Jesuitenhüten, mit Bickelhauben, mit Corsetten, mit Canälen und mit Umsturz. Warum auch nicht mit dem allgemeinen Wahlrecht? Jener Vorschlag, der gewiß einer schönen Seele entstammte, ging dahin, man solle sich doch entschließen, das allgemeine Wahlrecht aufzugeben. Fürst Bismarck hatte ja bekanntlich seiner Zeit gesagt: „Schaffen Sie das allgemeine Wahlrecht ab, dann sollen Sie Diäten haben!“ Bei diesem Handel würde die Waare Wahlrecht haar in Reichsmünze bezahlt werden. Wir wissen nicht, ob es Parlamentarier gibt, die bereit wären, einem solchen Tauschhandel zuzustimmen; das aber wissen wir, daß diejenigen Parteien, die sich darauf einließen, das Vertrauen der Wähler unrettbar verlieren würden. Mögen sie das riskiren, wenn sie wollen!

Das ist die Sehnsucht der herrschenden Klassen

ist, den Arbeitern das Wahlrecht zu nehmen und die Socialdemokratie, der man nach dem neuen Eingeständniß des Herrn von Stumm im geistigen Kampfe nicht gewachsen ist, auf diese Weise aus dem Reichstage zu verdrängen, das hat sich auch wieder bei der Verhandlung über die Diäten ergeben. Möge man thun, was man nicht lassen kann; aber ein solches Beginnen wäre schon vom Standpunkt der herrschenden Klassen selbst aus eine Thorheit.

Wir werden uns gewiß mit aller Zähigkeit um unsere politischen Rechte wehren. Aber wenn sie uns auch nach dieser Seite hin beschnitten werden sollten — der Vormarsch der Socialdemokratie vollzieht sich mit oder ohne Reichstag.

Politische Rundschau.

— Derbe Wahrheiten werden dem Centrum wegen seines volksoverrätterischen Verhaltens auch vom Abgeordneten Dr. Sigl gesagt. Derselbe schreibt im „Bayerischen Vaterland“:

„Die vom Centrum triefen gegenwärtig von lauter Ehrfurcht gegen die Obrigkeit, so daß es wirklich anerkennen muß. Die ganze heilige Schrift wird ausgeplündert, um darzulegen, was man der Obrigkeit alles schuldig sei. Mit einer heuchlerischen Verstellung sondergleichen — wie wir sie in unserer politischen Thätigkeit noch niemals erlebt haben — wird die Frage, um die es sich bei der „Umsturzvorlage“ gegenwärtig handelt, vollständig verdrängt. Die Centrumsblätter und Centrumsredner fragen ihre Leser, bezw. Zuhörer: „Ist es erlaubt, ein Verbrechen anzupreisen?“, und selbstverständlich antworten alle frommgläubigen Centrumsseelen mit „nein“. Also, was will man denn? Dann hat ja das Centrum vollkommen Recht, denn dies will ja auch nicht Anderes, als daß das Anpreisen gewisser Verbrechen gegen den Staat u. s. w. unter Strafe gestellt wird! So das Centrum von heute. Es thut uns in der Seele weh, wenn wir uns an die ersten Zeiten des Centrums erinnern, wenn wir sehen müssen, wie schmächtig tief diese Partei gesunken ist und wie sehr die fortgesetzte Wohl- und Liebedienerei nach oben jeden mannhaften Sinn in dieser einst so ruhmreichen Partei vernichtet hat. Hat man denn im Centrum keine Erfahrungen, was Alles ein „Verbrechen gegen den Staat“ u. s. w. sein kann? Es gab eine Zeit in Preußen, wo das Leben

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

23]

[Nachdem verboten.]

Johanna war entzückt davon, daß dieser große und starke Bursche ihr wie ein Slave gehorchte, und Sigismund hatte sich bald als natürlicher Sanftmuth, halb aus naiver Bewunderung für ein so zartes, gebrechliches Wesen allen Launen seiner hübschen, kleinen Freundin gefügt. Je älter er wurde, desto mehr fühlte er seine Liebe zu ihr wachsen. Unglücklicher Weise waren sowohl sein Aeußeres wie sein Geist schwerfällig, seine Sprache und Manieren gewöhnlich; ungeheure Hände und Füße, ein rötliches Gesicht, eine dicke, ungeschickliche Gestalt gaben ihm das Aussehen eines starken, aber jeder Anmuth baren Bauern. Das Mädchen dagegen war eine junge Dame mit lebhaftem Wesen, arnuthigen Bewegungen und scharfem Geiste geworden. Bald langweilte sie die beständige Verehrung ihres gumüthigen Anbeters. Seine Aufmerksamkeit ermüdete sie, bedrückten sie schließlich, gerade als ob sie dadurch eine Schuld ihm gegenüber hätte. Sie hatte ihn dann anfänglich mit Zurückhaltung, später mit Kälte aufgenommen. Das warf sie sich nun wieder vor wie eine Undankbarkeit. Aber konnte sie es hindern, daß der Abgrund, der sie trennte, immer breiter und tiefer wurde? Sigismund hatte die Veränderung in Johanna's Verhalten gegen ihn wohl

bemerkt. Er hatte darunter gelitten, ohne jemals ein Wort darüber zu verlieren. Dann hatte er sich in sich selbst zurückgezogen, und, um ihr nicht lästig zu fallen, kam er nur noch selten. Im thätigen Leben hatte er eine Zerstreuung für seinen Kummer gesucht, er war ein thatkräftiger Agitator der socialistischen Partei geworden. Im Grunde seines Herzens hegte er aber noch immer die leise Hoffnung, daß er Johanna, wenn diese vorübergehende Krise überwunden war, wiedergewinnen würde.

Inwieweit war es Andree gelungen, in der Deschamps'schen Familie ein Ort und gern gesehener Gast zu werden. Sobald Sigismund dies bemerkte, wurde er unruhig, er ahnte eine Gefahr und von der Eifersucht gerrieben, besuchte er die Familie wieder häufiger. Johanna hatte ihn zuerst kühl aufgenommen, dann, als er so klug war, hauptsächlich mit Vater Deschamps zu plaudern, wurde sie milder gegen ihn geminnt, und schließlich hatte sie sich in gewissen Momenten — zufällig geschah dies immer, wenn Andree gekommen war — dabei überrascht, wie sie mit dem unglücklichen Sigismund lachte und scherzte, der nun nichts Anderes glaubte, als daß die alte Kinderfreundchaft plötzlich wieder in ihr erwacht sei.

Eines Tages hatte er eine große Freude. Man sprach von der Ehe und Johanna hatte in Gegenwart Andrees gesagt:

„O, ich begreife nicht, wie man Mann und Frau sein kann, wenn man über politische und religiöse

Dinge verschiedene Ansichten hat. Das scheint mir schon eine halbe Ehescheidung!“

Das war gerade, als ob sie gesagt hätte, ich werde nur einen Socialisten lieben. Mehr bedurfte es nicht, um Sigismund in seiner schüchternen Neigung zu bestärken.

Frau Roguet war nicht ebenso leicht zu beruhigen. Auch sie wünschte sich Johanna zur Schwiegertochter. Sie hatte sogar zu Vater Deschamps schon Andeutungen hierüber gemacht. Er liebte Sigismund und wußte, daß er von Herzen gut war, wenn er auch bedauerte, daß er ein so wenig einnehmendes Aeußere bejaß und als Liebhaber so schüchtern auftrat. Frau Roguet mußte also noch Geduld haben, aber sie fürchtete für ihren Sohn den Vergleich mit einem viel glänzenderen jungen Manne, und sie hatte es sich auf's Eifrigste angelegen sein lassen, diesen Rivalen bei Johanna unmöglich zu machen. „Ein Stutzer“, sagte sie von ihm, „ein Faulenzer, einer jener Menschen, die nach außen die Lebenswürdigkeit selbst sind, die aber innerlich die schlimmsten Feinde des Proletariats sind und bleiben.“ Johanna hatte ihn dagegen mit besonderer Lebhaftigkeit vertheidigt. Das ließ Frau Roguet sich nicht zweimal sagen. Sie gelobte sich nun, die Sache von einer anderen Seite anzufassen.

Sigismund mußte nun für seine Mutter büßen. Wieder zeigte Johanna ihm, wenn er kam, ein finsternes Gesicht, und Magdalene ebenfalls ihre Abneigung auf's Deutlichste. Er besaß in ihren Augen den unverzeihlichen Fehler, daß er der Sohn seiner Mutter war,

einer heiligen Messe, das Spenden von Sacramenten unter Strafe gestellt war. Priester, welche dieser staatlichen Bestimmung zum Trotz ihre ihnen nicht vom Staat, sondern von Gott übertragene Pflicht ausübten, wurden in der Centrumpresse gefeiert und mit Recht! Das heutige Centrumsheletenthum würde diese Männer verurtheilen, weil sie gegen die „Obigkeit“ sich verständigten! Heute noch gelten und die preussischen Bischöfe, welche in ihrem passiven Widerstand gegen die Staatsgewalt selbst eine lange Gefangenschaft auf sich nahmen, als Helben. Ein Centrumsoldatschreiber von heute würde diese Männer als „Umstürzler“ mit seinem Verdicht belegen! So ändern sich die Zeiten! So sehr zerstört Bedientengeist und Laikenhaftigkeit echte männliche Gesinnung. Seit die Sonne der Regierungsfreundlichkeit und Hofgunst auf unsere Centrumselben herabschneit, ist aus dieser einst auf ihre Unabhängigkeit so stolzen Partei eine Coterie erbärmlicher Streber geworden, die in ihrem Wetlauf um die Gnast der Mächtigen Alles vergessen: Vergangenheit, Geschichte, Prinzipien, Freiheit und Unabhängigkeit, die Erfahrungen der eigenen Partei und schließlich auch noch die eigene Ehre!

Das sind freilich harte, aber wahre Worte!

Das Centrum sperrt sich wider etwas, wie die jüngsten Verhandlungen der Umsturzcommission zeigen — es will den § 112 nicht in der Regierungsjahung annehmen. Glaube nur Niemand, daß etwa Bedenken beim Centrum obwalten, hervorgerufen durch den Protest der empörten Wähler — bewahre, es handelt sich nur darum, bei der dritten Lesung des Jesuitenansatzs, welche am Mittwoch vorgenommen wird, der Regierung den Wats der hundert Centrumsstimmen wieder einmal so recht zum Bewußtsein zu bringen. Wenn das geschehen und der Lohn für den Volksverrath feststeht — derselbe wird allerdings nicht nur in der Rückkehr der Jesuiten bestehen — dann wird auch das Centrum wieder den Werth der Regierungsvorschläge in der Umsturzcommission besser zu würdigen wissen.

Die Agrarier, welche noch im vorigen Jahre drohten, zu den Socialdemokraten überzugehen, wenn man ihre ausdehnenden Wünsche nicht erfülle, wollen jetzt, wo ihnen, wie es scheint, alles bewilligt werden soll, was sie nur haben möchten, gern ihre „Königstreue“ in einer recht ostentativen Weise aller Welt beweisen. Sie haben eine Audienz beim Kaiser erbeten, dieselbe ist ihnen auch bewilligt und am Sonnabend schon sollte sie erteilt werden. Leider mußte diese Audienz, wie die Blätter melden, unterbleiben, da der Kaiser „eines leichten Schnupfens wegen“ nicht empfangen konnte. Die von monarchischer Liebe und Treue jetzt wieder jäh überwiehenden Junker werden sich ob der kleinen Verzögerung wohl irren, denn „was nicht ist, kann ja noch werden“.

Conservative Mannesseele. Die „Deutsche Tageszeitung“ thilt mit, daß der Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Stolberg, der bekanntlich für den Reichstag im Wahlkreis Ost candidirt, nunmehr erklärt habe, auf dem Boden des Socialprogramms der Conservativen zu stehen und für den Antrag Sanig ein-

treten zu wollen. Das Blatt fügt hinzu, daß dieser plötzliche Gesinnungswechsel inessen nicht hinreichen werde, ihm den Grafen als Candidaten genehm zu machen. Der Bund der Landwirthe werde nach wie vor an der Candidatur des Herrn v. Nordke festhalten. — Wertwürdig feste Charaktere, diese conservativen Beamten.

Gegen die neue Tabaksteuer hat eine Amteversammlung des Amtes Gohfeld-Mennighaffen in Westfalen eine sehr eingehend begründete Petition an den Reichstag beschlossen, welche folgenden Inhalt hat:

„Eine Amteversammlung beschließt einstimmig, die Mitglieder des hohen Reichstages dringend zu bitten, dem vorgelegten Gesetzentwurfe der Tabaksteuer ihre Zustimmung zu versagen, weil dadurch nicht allein die in unserem Amte so hochentwickelte Cigarren-Industrie schwer geschädigt und ein großer Theil fleißiger Arbeiter brotlos würde, sondern auch vornehmlich die ohnehin schon traurige Lage der Landwirtschaft noch verschlechtert wird. In den 11 Gemeinden des fast 16 000 Seelen zählenden Amtes werden zumeist in Hausindustrie für die größeren Fabriken an 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen bei gutem Verdienst beschäftigt. Bei größter Sparsamkeit haben die meisten erwachsenen Arbeiter es erreicht, sich ein eigenes Häuschen zu bauen, welches, wenn gleich zuerst belastet, durch andauernden Fleiß der ganzen Familie bald zum Eigenthum wird. Von den 1980 Gebäude des Amtes werden ca. 560 von Cigarrenarbeiterfamilien bewohnt und von 121 ansehnlichen Neubauten des letzten Jahres sind 38 von Cigarrenarbeitern ausgeführt. Wahrlich ein Zeichen gesunder, kräftiger Industrie, welche bislang auf dem Wege natürlicher Entwicklung die sociale Frage in idealster Weise zu lösen vermocht hat. (Da müssen wir doch einige recht große Frauzerchen setzen. Red. d. „V.“) Bei Einführung der Fabriksteuer würde jede Verdiensteigerung mangeln, ein großer Theil dieser eigenen Besitzungen zur Substantiation kommen und viele fleißige jüdische Familien der Verzweiflung anheimfallen müssen. Wo sollen mit einem Schlage die zahllosen Arbeiter Verdienst finden um ihr sauer erworbenes Besitzthum zu erhalten und ihre Kinder zu ernähren? Wie darf man mit dieser erdrückenden Steuer eine blühende Industrie verkommen, zahllose Arbeiter brotlos machen und Gemeinden verarmen lassen? An Gemeindefürern werden hier von den Arbeitgebern, einschließlich Forensen, der Cigarren-Industrie insgesamt rund Mark 16,000, von Arbeitern rund Mark 5500 aufgebracht. Nach Einführung der Fabriksteuer werden diese Steuern um mindestens zwei Drittel zurückgehen und für die schon ohnehin überlasteten Gemeinden eine Erhöhung der Umlage aus der von 30 bis 50 Prozent bedeuten. Dieser Ausfall muß dann allein von der Landwirtschaft, welche hier fast durchweg verschuldet, so lediglich durch die blühende Cigarren-Industrie einigermaßen leistungsfähig gehalten hat, allein getragen werden und dieselbe dadurch dem sicheren Ruin verfallen, weil dann jede Gelegenheit für günstige Umpachtung und Verkauf von Grundstücken und Bodennutzungen genommen ist. Der Werth und Preis des Grundbesitzes wird damit um mindestens die Hälfte sinken. Was wird mit der

Tabakfabriksteuer nicht den wohlhabenden Fabrikanten treffen, sondern den fleißigen Arbeiter und den Bauernstand. Die Mitglieder des hohen Reichstages mögen wir uns dringend zu bitten verpflichtet, der geplanten Besteuerung des Tabaks und seiner Fabrikate ihre Zustimmung zu versagen, um unsere Gegend vor sicherem Niedergang und Verarmung zu schützen.“

Zu dem Ausfall der württembergischen Landtagswahlen schreibt der „Schwäbische Beobachter“, das Hauptorgan der Volkspartei: „Die Volkspartei ist sich der großen Aufgabe voll bewußt, die nun an sie herantritt. Sie wird getreu ihre Programm die Reformarbeit beginnen, die ihren Fortschritten solch sieghafte Kraft verliehen hat. In Berlin aber möge man zur rechten Zeit bedenken, was diese Sig nach links bedeuten mag. Die württembergischen Landtagswahlen enthalten die Mahnung: Die Schwaben wollen eine demokratische Volkspolitit und keine autokratische Politit; eine stetige freiheitliche Entwicklung und keine rückwärtliche Fesselung, einen frieblichen culturellen Fortschritt und keinen sich überstürzenden Militarismus, eine Artung des Bauern- und Bürgerthums, keine adelige Junkerherrschaft.“ — Unzweifelhaft hat das Resultat dieser württembergischen Wahlen große Bedeutung nicht nur für Württemberg selbst, sondern für das ganze Reich — wir fürchten aber, daß auch die volksparteilichen „Staatsmänner“ wenig geeignet sein werden, der heranrückenden Reaction besonderen Respekt einzufloßen. Die bisherigen Thaten der Volkspartei berechtigen zu großen Erwartungen eben nicht.

Aus Belgien wird berichtet: Während die Budgetdebatte fortgeschritet, fahren unsere Genossen fort, wichtige Gesetzentwürfe einzubringen. Vor einigen Tagen brachte Genosse G. Denis, Professor an der Universität zu Brüssel, eine hochbedeutende Vorlage dem Arbeitsmarkt betreffend. Der Antrag bezweckt die Errichtung zahlreicher officieller Bureaus im ganzen Lande, welche die Aufgabe haben, alle Arbeitsangebote und Arbeitsnachfragen sowie alles darauf bezügliche Material zu sammeln. Die Posten und Telegraphen wären verpflichtet, alle Auskünfte zu vermitteln. Der Entwurf ist bis in die Details ausgearbeitet. — Die Agitation gegen die sofortige Annexion des Congogebietes wächst beträchtlich. — Die Regierung hat einen Entwurf über die Conversion von reich edenen 3 1/2 procentigen Anleihen und Schuldtiteln in dreiprocentige annehmen lassen. Die Demokraten haben hervor, daß von den 1500 Millionen, um welche Summe es sich bei der Conversion handelt, nicht weniger als 645 Millionen öffentlichen Wohlfahrtsanstalten gehören, welche verpflichtet sind, ihr Geld in Staatspapieren anzulegen. Die Conversion wird ihnen ernsthafteste Verluste bereiten. Warum widmet man nicht die 6,300,000 Francs, welche der Staat durch die Conversion jährlich profitirt, zur Erhaltung der Altersversorgungskassen für die Arbeiter der Industrie, des Landbaues und des Verkehrs? Die Regierung hat ein dahin abzielendes Amendement gleich durch die Vorfrage beseitigen lassen. Nun soll sie aber ja nicht später, wenn die Socialreform discutirt

der sie nicht die schönsten Spottmomen anhängte. Die süßen Worte und kleinen Geschenke des jungen Mannes vermochten nichts über sie. Mit unerlöschlicher Hartnäckigkeit blieb sie für ihn stumm und verschlossen. Sie erklärte ihn kurzweg für lässlich. Mit einem Augenblick ließ sie es zu, daß man ihn mit ihrem Freunde Andree verglich.

Dieser behandelte Sigismund mit großer Höflichkeit. Er fand ihn gar zu ungeschliffen und abgeschmackt in seiner wüthenden Begeisterung für den revolutionären Socialismus und glaubte daher, Sigismunds Kraft concentrierte sich mehr in seinen Fäusten, als in seinem Hirn. „Niel reden und wenig thun.“ so charakterisirte er ihn. Vielleicht empfand er auch, ohne es zu wissen, etwas wie Eifersucht darüber, daß Johanna ihn wie einen Kameraden behandelte und seinen heftigen Ausfällen gegen die Gesellschaft Beifall klatschte. Einmal jedoch griff er auf die Bitte des jungen Mädchens ein, um den ungeheuren Redner, der wegen einer Arbeitslosigkeit verhaftet worden war, aus der Gefängnisse zu ziehen. Er stellte nur eine Bedingung für diesen kleinen Dienst, nämlich die, daß weder Sigismund noch Frau Roguet jemals ein Wort darüber, sei es zu ihm oder anderen, erwähnen. Er wollte nicht, daß sie sich ihm gegenüber verpflichtet fühlen sollten. Je häufiger er mit ihnen zusammentraf, desto weniger liebte er sie. Er hatte an ein ironisches Wort seines künftigen Schwagers Henri Daxante: „Es ist etwas Schönes an der Socialismus, wenn man die Socialisten bestrafen könnte!“

Er hätte wohl, daß Frau Roguet nur feindselige Gefühle gegen ihn hegte. Die Fremdschickte selbst gegen Johanna, behandelte sie ihr mit nicht gleich bleibender Liebe. Warum war er auch ein Bourgeois, der seine Kinder erug, hehrwürdig plaudern und geistlich seine Ansichten vortragen konnte? Selbst Magdalene bekam ihn und wieder einen kleinen Seitenblick. Aber das alles war nur das Vorspiel. Die Gelegenheit, welche Frau Roguet suchte, um den Söhnen los zu werden, fand sich bald.

Es war kurz vor Neujahr. Andree hatte sich durch diese Zeit der Geiseln berechtigt geglaubt, Johanna einen Rosenkranz zu überreichen, während er gleichzeitig Magdalene eine Krüge Spitzengas mitbrachte. — „Was ein Arbeiter in einem Monat verdient!“ sagte Frau Roguet mit bitterem Tone gesagt, während Johanna mit Entzücken den Frühlingshauch einathmete, den ihr der Duft der Blumen zu bringen schien. Johanna hatte um so wärmer für diese Aufmerksamkeit gedankt, als sie den Ausdruck der bitteren Worte, die Andree jedoch habe hören müssen, verweigern wollte.

„Zur Belohnung.“ sagte sie zu Andree, „sollen Sie mit Magdalene mehrere Partien des edlen Gänsejucks spielen.“ Und Andree hatte gespielt, gelacht, geplaudert, bis es so ziemlich spät geworden war. Am nächsten Tage fand Frau Roguet Vater Deschamps plötzlich einmal allein, und sie benutzte die Gelegenheit sofort, um ihm gründlich den Dreg zu liefern. Sie wäre sehr gut, daß sie sich in eine Ange-

legenheit mische, die sie eigentlich nichts angehe, daß vorläufig die Gefahr noch größer sei, als das Uebel, daß bis jetzt noch nichts Ernstliches passiert sei, aber schließlich sei sie doch mit Vater Deschamps zu eng befreundet, als daß sie es sich nicht gestatten dürfe, ihn zu warnen.

„Was wollen Sie mit Ihren Redensarten sagen?“ hatte der durch diese Einleitung ungeduldig gemordene Alte ausgerufen. „Sprechen Sie deutlich, Schödschwerenoth noch einmal!“

Darauf machte Frau Roguet ihn mit vielen Umschweifen darauf aufmerksam, daß die Besuche, die Artigkeiten eines jungen Mannes wie die Andrees Anlaß zu Gerede geben könnten.

Und dann . . . es wäre bei einem so klugen und intelligenten Mädchen wie Johanna ja eigentlich nicht recht wahrscheinlich, aber . . . sie könnte doch am Ende . . . in die Netze dieses Herrchens gerathen . . . Er würde sie doch sicher nicht heirathen. Und was würde dann aus ihr werden?

Vater Deschamps sah einen Augenblick wie angedonnert durch den Argwohn, den man ihm einzufloßen suchte. Wie von einem zellen Blick erhellt, sah er mit einem Male sein Kind, seine geliebte Johanna, verlassen, verlassen, wie sie meinet auf der Straße stand mit einem Kinde auf den Armen, gerade wie es Frau Roguet ergangen war.

(Fortsetzung folgt.)

wird, damit kommen, daß die Socialisten neue Ausgaben verlangen, ohne vorher für neue Einnahmequellen gesorgt zu haben.

Der französischen Bourgeoisie ist das Coalitionsrecht der Arbeiter ebenso verhaßt wie der deutschen, und da, wo jene in den großen Bergwerks- und sonstigen Gesellschaften die gleiche wirtschaftliche Macht haben, wie unser „König Stumm“ in seinem Reich, da verfahren sie auch genau ebenso selbstherrlich wie dieser gegen das Coalitionsrecht der Arbeiter und gegen die Arbeiter, welche sich herausnehmen, es benutzen zu wollen. Alle größeren französischen Streiks der neueren Zeit haben die gleiche Ursache: Mähregelung der Arbeiter, die von dem Coalitionsrecht Gebrauch machen und einer Gewerkschaft angehören. Vor einigen Jahren nahm die Gesetzgebung einmal einen Anlauf, um diesem gesetzwidrigen Treiben zu steuern und das Coalitionsrecht der Arbeiter zu schützen. Allein das betreffende Gesetz, das jeden Eingriff der Arbeitgeber in das Coalitionsrecht der Arbeiter mit Gefängniß bestrafte, ging auf dem bekannten Weg zwischen Nationalversammlung und Senat verloren — wie die meisten vernünftigen Gesetzesvorschläge. Jetzt haben sich nun die französischen Gewerkschaften zu einem neuen Versuch, für das Coalitionsrecht gesetzlichen Schutz zu erlangen, entschlossen und zu diesem Zweck sich mit der sozialistischen Kammerfraktion in Verbindung gesetzt. Zwischen den kammeratgeordneten und Gewerkschaftsdelegirten finden jetzt Conferenzen statt, die jedenfalls zu einer Verständigung über die Art des gesetzgeberischen Vorgehens führen werden. — Alle Patrioten, insbesondere die konservativen deutschen Agrarier, sind sehr ungehalten, wenn die Arbeiter sich zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten international zusammenschließen. Aber die Herren Agrarier sind gar nicht blöde in der Anwendung ähnlicher Mittel, wo es in ihrem Kram paßt. So faßte die französische Landwirtschaftliche Gesellschaft den Beschluß, die Regierung aufzufordern, mit den Staaten des lateinischen Münzbundes, mit England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland zu verhandeln, um dem Silber seine frühere Rolle als internationales Zahlungsmittel wiederzugeben, — und wie die Berichte über die jüngsten Reichstagsitzungen beweisen, haben die deutschen Agrarier gegen das Vorgehen ihrer französischen Kollegen nicht das mindeste einzuwenden.

Auch in Dänemark sind jetzt die Agrarier auf dem Plan erschienen. Ihr Auftreten beweist denselben Ueberfluß an Unverfrorenheit, den wir an ihren deutschen Brüdern zur Genüge kennen. Sie

waren die willigen Handlanger der Reaction und denken nun zum Lohne für diese ehrenwerthe Thätigkeit, ihre Scheuer bis zum Siebel zu sülten. Ihr Programm läuft in fünf Fragen aus, die jedem Reichstags-Candidaten vorgelegt werden sollen. Der Inhalt derselben ist kurz und bündig: ungezählte Millionen aus der Staatskasse zum besten ihrer eigenen Klasse und die Rechte, die Moderaten, die Radikalen stehen mit gekrümmten Rücken und ziehen ehrerbietig den Hut vor der prächtigen Organisation, die 80 000 Landwirthe umfaßt. Der Reichstag schlug seiner Zeit den Arbeitern 4 Millionen zum Umbau ungesunder Stadtheile und 2 Millionen als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ab, weil man das Princip der „Selbsthilfe“ nicht angreifen dürfe und der Staat sich hüten müsse vor „willkürlichen Eingriffen in die private Production.“ Die Agrarier verlangen jetzt Summen, denen gegenüber die Arbeiterforderungen zu lächerlichen Witzigkeiten zusammenschrumpfen, und die charaktervolle Majorität, die der Arbeitern gegenüber so streng am „Princip“ der Selbsthilfe festhält, wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach zum großen Theile bewilligen. Die Arbeiter ihrerseits werden nicht verfehlen, die richtige Lehre daraus zu ziehen — In diesen Tagen ist in Kopenhagen ein Unternehmen zur That geworden, um das schon zwischen dem Mittelstand und der Rechten äußerst harte politische Kämpfe geführt worden sind. Ein großes Magazin, das mit Colonialwaaren, Grünzeug, Delikatessen, Fleisch etc. handelt, ist unter dem Namen „Frei“ eröffnet und wird nun durch seine niedrigen Preise ganze Schichten des kopenhagener Mittelstandes ruiniren. An der Spitze dieses Umsturzbeginnens stehen conservative Politiker und hochangesehene „Stützen der Gesellschaft“. Der Mittelstand sieht jetzt zu spät ein, wem er Heeresfolge geleistet hat und welcher Dank ihm dafür bescheert wird. Die zunächst betroffenen Händler sind Candidaten des Proletariats und die Socialdemokratie wird ihnen jetzt an einem handgreiflichen Beispiel ihre wahren Interessen demonstrieren können. — Fast hat es den Anschein, als ob der Ruhm, den die deutsche Regierung sich im Kampf gegen den Umsturz geholt hat, die dänische nicht will schlafen lassen. Es ist allen Ernstes so etwas wie eine „Umsturzvorlage“ in Sicht! Die „Berlingsken Tidende“ — das Regierungsorgan — bringt einen hochofficiellen Artikel in dem sie meint, es sei Pflicht, „den revolutionären Tendenzen entgegenzuarbeiten und ihre Ausbreitung zu hindern“. Man kann es der dänischen Socialdemokratie nicht verdenken, daß sie lächelnd auf Deutschland verweist und im Gefühl ihrer organisirten Kraft, der Regierung ironisch aufmunternd zuruft, nur frisch die Klinge in der Sonne

spielen zu lassen. Diese Klinge übten uns nicht, weder in Dänemark noch in Deutschland, dessen darf man sicher sein.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz. Eine amtliche Drahtnachricht des Marschalls Dyama vom 14. Februar meldet die am 13. d. Mts. erfolgte Capitulation der Chinesischen Forts. Ferner berichtet Dyama: Am 12. Februar Abends starb Admiral Ting mit zwei anderen chinesischen Offizieren durch Selbstmord, nachdem er zuvor in einem Schreiben die Capitulationsbedingungen der Japaner angenommen hatte. Nach diesen Bedingungen sollten die Garnisonen der Forts und die Mannschaften der chinesischen Kriegsschiffe jenseits der japanischen Linien geschickt und in Freiheit gesetzt, die Ausländer und die Offiziere sollten zu Schiff weiter weggebracht und entlassen werden. — Der Commandant des ersten japanischen Armeecorps meldete im Drahtwege Folgendes: 15 000 Chinesen griffen, durch das Feuer von 12 Kanonen unterstützt, heute (Sonntag) Haischeng an, wobei sie concentrisch auf drei verschiedenen Wegen vordrangen. Sie wurden unter großen Verlusten zurückgeworfen und ließen mehr als 100 Tote auf dem Kampfplatze zurück. Die Japaner hatten nur einen Verlust von 3 Toden und 2 Verwundeten.

Parteiangelegenheiten.

Der Rüdtscaudal hat für die Mannheimer Parteigenossen sein Ende erreicht. Die geistige Volksversammlung war, wie schon berichtet, stark besucht, von über dreitausend Personen. Da Dr. Rüdts in den zwei vorausgegangenen Versammlungen seinen Standpunkt vertreten hatte, kam heute Genosse Dreesbach zunächst zum Wort und vertrat in zweistündiger, von Beifall und Entrüstungsrufen gegen Rüdts unterbrochener Rede seine Stellung zur Ordens- und Klosterfrage im badischen Landtage, unter Berufung auf unser Parteiprogramm. Er bewies, daß er für den von Rüdts gestellten Zusatzantrag zu dem Gesetzesentwurf und für diesen gestimmt habe, während Rüdts sich der Abstimmung über seinen eigenen Antrag enthielt. Demonstrativ erklärte die Versammlung sich mit Dreesbach einverstanden. Zu den drei Stunden, die Rüdts schon gesprochen, redete er jetzt noch 1 1/2 Stunden. Er versuchte durch Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Kernfrage und Vereinzlichung der lächerlichsten Dinge, wobei er sogar Parteiverrat hieb, die Versammlung zu überführen. Nachdem Rüdts nun insgesamt 4 1/2 Stunden gesprochen, und seine Anhänger in der letzten Versammlung die gemeinten Beschimpfungen gegen Dreesbach gerichtet hatten, wurden die ferneren Redner von dem einige Dutzend Mann starken Anhang Rüdts, der stets über den Terrorismus in der Partei schimpft, niedergebrüllt. Der einzige, der für die Haltung Dreesbachs eintrat, war er selbst, und democh die gründliche Verurtheilung Rüdts! Die gegen höchstens 150 Stimmen angenommene Resolution lautet: „Die von über 3000 Personen besuchte Volksversammlung giebt ihr Urtheil über den badischen Parteistreit

Die Freiheit.

Ein modernes Märchen.

In grauer Vorzeit war einmal ein großes mächtiges Reich. Sein Bestehen und Bergehen blieb auf ewig der Geschichte unbekannt. Nur die allerältesten Leute sind sich in dunklen Erinnerungen an eine verschollene Sage bewußt, daß es bestanden, so wie der kundige Forscher an feineren Schneeden im Hochgebirge den ehemaligen Meeresgrund erkennt. Und spärliche Gerüchte und heimliche Sagen künden so sicher die Märe längst in der Ewigkeit versunkener Sagen, als treibende Früchte und halbwelke Zweige das nahe Eiland.

So herrlich und blühend das große Reich auch nach außen war — noch fester und stolzer war es nach innen. Denn es bestand ein unanfechtbares, weises Gesetz, daß jeder Unzufriedene des Landes verwiesen würde. Weiße Männer standen an der Spitze des Staates und erwarben sich hohe Verdienste um das Volk, das war unwidersprochen die öffentliche Meinung. Nur ein böser Spötter war im Lande, der hieß Sidi Achmet, und dieser jagte: „Unsere Minister erwerben sich hohen Verdienst an dem Volke.“ Natürlich beachtete Niemand seine Sticheleien, namentlich die Betroffenen nicht, denn sie waren so weise, daß sich ihr Verstand in ihren Familien fortpflanzte, ja sogar sich auf entfernte Verwandte übertrug. Und sonderbar! Auch die eiträglichsten Aemter übertrugen sich auf sie. Außerdem war ein weises Sprichwort im Lande: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch dazu Verstand.“ Da ward denn auch die Weisheit im Ernennungswege verliehen. Und das Volk bekam den Befehl, eine große Freude darüber zu haben, selbst wenn seine verdienten Söhne übergangen wurden. Auch der böse Spötter Sidi Achmet lobte den Minister ob seines Rathes und jagte: „Er scheut nicht einmal vor der Rache seiner Schwiegermutter zurück!“

Da geschah einmal etwas Merkwürdiges. Der Reichsoerwieser hatte einen bösen Traum. Denn den schlimmen Traumgeistern konnte selbst der allmächtige Staatsanwalt nichts anhaben. Das wurmte den Herrn Reichsoerwieser gewaltig. Und es träumte ihm täglich schlechter. Diesmal jedoch stand gar eine schwarze Erscheinung vor ihm und höhnte: „Raffst nur immerhin Schätze zusammen, sammelt nur Kleinodien, überhäuft einander mit Titeln, Orden und Ehren — das Kostlichste fehlt euch dennoch für allezeit: die Freiheit!“

Am anderen Morgen ward der Staatsrath einberufen. Aber kein einziger der Höchstreifen wußte Rath. Freiheit? Freiheit? Was ist das für ein Ding? Eine neue Weinmarke? Vielleicht gar ein Derby-Favorit? Nicht einmal im Polizeilexikon stand eine Andeutung. Darum beschloßen sie einstimmig, eine Expedition zur Entdeckung und Zustandebingung des unbekanntes Dinges zu entsenden. Gesagt, gethan. Eine ungeheure Menschenmenge stand am Stadthore und jubelte den freiwillig zur Expedition commandirten Forschern und ihrem Führer Offi Cyrus zu. Nur Sidi Achmet, der böse Spötter, sagte: „Jetzt rüsten sie schon wieder eine Nordpolarexpedition aus, als ob sie daheim nicht auch bequem verhungern könnten!“

Die Reise war mühsam und beschwerlich. Manches Jahr reißte sich der endlosen Perleschnur Ewigkeit an, und die Freiheit war noch immer nicht entdeckt. Da gelangten sie eines Tages in einen prächtigen Hain, darin stand ein weißer Tempel, und in seiner Mitte saß eine schöne Frau auf einfachem Throne. Sie trug ein schneeweißes Kleid mit eingewirkten goldenen Buchstaben, welche sich zu den drei unverständlichen Worten: Liberté, égalité, fraternité ergänzten. „Wer bist Du?“ rebete Offi Cyrus sie an. Er trug enge Wadenhüllen, hochwattirten Rock, ein langes Messer an der Seite und ein rundes Glas im Auge — war also ganz erschrecklich anzusehen. „Ich bin die Freiheit,“ erwiderte das hehre Weib. „So folge mir,“ entgegnete Jener, „Ich habe den bestimmten Auftrag, Dich zu meinem Vorgelegten zu bringen.“ — „Ah,!

was fällt Dir ein“, lächelte die Freiheit. „Ich gehorche Niemandem!“ — „Gut denn“, sagte kalt Offi Cyrus, „ich verhafte Dich, Freiheit, im Namen des Gesetzes“. Ehe sie es sich versah, war sie an Händen und Füßen gefesselt und in einen Wagen gelegt. Mit Sang und Klang ward die Heimreise angetreten. Offi Cyrus trabte stolz an der Spitze, denn er brachte sie gefangen heim — die Freiheit.

Heil! Das war ein toller, freudenaufsender Jubel beim Empfange der erfolgreichen Expedition! Alles schwamm in Entzücken. Dem Reichsoerwieser wurden die Pferde ausgespannt, und die freudige Menzge bildete einen prächtigen Gefäß für die entlasteten Zugthiere. Der Staatsrath ward wieder einberufen, um zu beschließen, auf welche Weise die neugewonnene Merkwürdigkeit dem Lande zu erhalten sei. Denn das fremde Weib hatte zu wiederholten Malen seine Ketten gesprengt und zu entinnen versucht. Und es schien, als ob der feinste Stahl zu Wachs würde in seinen Händen und die zarten, kleinen Füße mächtig: Mauern einzustößen im Stande wären. Lange schwante die Entscheidung hin und her, bis endlich der Reichsoerwieser entschied, dem so gefährlichen Sonderwesen seine Hände und Füße von Amtswegen zu amputiren.

Die verstümmelte Freiheit blieb ungefährlich ihr Lebenlang. Im Landesmuseum hatte sie einen großen eisernen Käfig inne, mit doppelten Thüren und Wänden. Nur wenn hohe Herrschaften zu Besuch kamen, führte man sie zu ihr und ließ alle erdenkliche Bewunderung ob des seltenen Schatzes aussprechen. Und bei besonders festlichen Anlässen ward sie auf eine Tragbahre gelegt und dem Volke gezeigt. Auch manche höchst erhebliche Rede wurde gehalten, wann der Jahrestag ihrer Verhaftung gefeiert wurde. Und das Volk war ungemein glücklich darüber — so stand es nämlich im Amtshalle. Nur Sidi Achmet, der böse Spötter, sagte zuweilen: „Es ist unleugbar, wir besitzen nun das unerschöpfbare Kleinod, die Freiheit; aber — sie hat weder Hand noch Fuß.“ Sidi Achmet.

Dienstag, den 19. Februar 1895.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volfswacht“.)

Im Reichstage war heute ein stiller Tag. Anten im Saale gähnten die leeren Bänke und oben auf der Tribüne gähnten die Journalisten, denn sachliche Debatten haben für die Mehrzahl derselben kein Interesse. Die meisten Büden zigten die Reihen der Konservativen. Unsere Agrarier hatten auch heute wichtigeres zu thun. Berlin steht nämlich seit heute wieder im Zeichen der „Nothleidenden“, die wieder aus allen Theilen Ostindiens herbeigeeilt sind und heute Abend gewiß den zahlreichen Einladungen entsprechen werden, die die Besitzer von Balllocalen und Chantants an den Anschlagssäulen an sie erlassen haben. Da müssen die Parlamentsagrarier natürlich dabei sein und die „Bärenführer“ spielen, was ihnen auch viel angenehmer ist als die Reden socialdemokratischer Abgeordneter über die Unfall- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter über sich ergehen lassen zu müssen. Um die Revision dieser beiden Gesetze handelte es sich heute im Weentlichen und unsere Genossen Mollenbuhr und Bräune nahmen dabei das Wort, um die gegenwärtigen Leistungen beider „Wohlfahrtsgesetze“ ins rechte Licht zu setzen. Ein Antrag Auer will die Uebergangsbestimmungen beim Altersversicherungsgesetz ändern und beim Invaliditätsgesetz den Nachweis der eingetretenen Invalidität erleichtern. Vom Regierungstisch äußerte man sich aber nicht, obwohl der vielgewandte Herr von Büttcher und mehrere seiner Geheimräthe anwesend waren. Vielleicht geschieht morgen, wo die Debatte fortgesetzt wird.

Donnerstag wird das Tabaksteuergesetz in erster Lesung zur Verhandlung kommen.

40. Sitzung vom 18. Februar, 3 Uhr.

Die Berathung des Etats wird fortgesetzt mit dem Stat des Reichsamts des Innern beim Kapitel Normalausstellungskommission.

Auf eine Anregung des Abg. Frhrn. v. Heyl (natl.) erklärt Staatssecretär v. Büttcher, daß in dem Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb, der ja dem Reichstage noch in dieser Session zugehen werde, dem Bundesrath die Befugniß ertheilt werden soll, einseitige Bestimmungen über den Raumgehalt der Gefäße und die Bezeichnung des Raumgehalts der Gefäße zu erlassen.

Die Abgg. v. Leipziger (cons.), Dr. Sammacher (natl.) und Dr. Förster (Antif.) treten bei Titel 2 „Hilfsarbeiter“ für bessere Besoldung und Regelung der Anstellungsverhältnisse der Hilfsarbeiter ein. Gerade diese Beamten verdienen das besondere Wohlwollen des Staatssecretärs.

Staatssecretär v. Büttcher sagt möglichste Erfüllung der vorgebrachten Wünsche zu.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ fragt Abg. Lingen s (Centr.) nach den Resultaten, die mit den Bestattungsversuchen mit Leichen die mit Ansteckungskeimen befaßt waren, erzielt worden seien.

Director im Reichsgesundheitsamt S h l e r erwidert, die Versuche seien gemacht worden; der Stadt Berlin gebühre besonderer Dank für die Munificenz, mit der sie zu diesem Zwecke besondere Bodenarten bewilligt habe. Im October d. J. würden die letzten Ausgrabungen stattfinden und dann würden die Resultate veröffentlicht werden.

Abg. Lingen s (Centr.). Er hoffe, die Versuche würden beweisen, daß eine Ansteckungsgefahr nicht vorliege. Zu seiner Freude entfalle damit das wesentlichste Argument für die Feuerbestattung.

Abg. Schröder (freis. Bgg.) bestreitet die letzten Ausführungen des Vorredners.

Abg. Lingen s (Centr.) hält seine Behauptung aufrecht.

Abg. Dr. Langerhans (freis. Volkp.): Die Bestattung der Leichen werde in großen Städten immer schwieriger und schädlicher. Bei Epidemien könne die Bestattung in der That verderblich werden. Ob man seinen Körper nach dem Tode verbrennen oder versaulen und verwesen lassen wolle, sei Sache jedes Einzelnen. Er (Redner) verbitte es sich entschieden, daß Jemand in dieser Hinsicht sich in sein christliches Bewußtsein einmische.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die folgenden.

Es folgt der Stat des Reichsversicherungsamtes.

Von den Abgg. H i k e und Gen. liegt folgender Antrag vor:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Vorlage der in Aussicht gestellten Novelle zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung möglichst zu beschleunigen.“

Abg. H i k e (Str.) giebt die Begründung dieses Antrages und bekämpft folgenden Antrag Auer und Genossen:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch

a) Der § 157 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abgeändert wird, daß jeder Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet

hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält und

b) Die §§ 9 Abs. 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche in Folge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.“

Außerdem liegt noch folgender von Dr. Pichler (Str.) gestellter Antrag vor:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Mittel der Versicherungsanstalten in weiterem Umfange als bisher für das landwirthschaftliche Creditbedürfnis und für die Erbauung von Arbeiterwohnungen zugänglich zu machen.“

Abg. H i k e (Str.) auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich, tritt für den Antrag Pichler ein. Im Allgemeinen wünscht Redner eine innigere Verbindung zwischen den Krankenkassen und der Altersversicherung und wünscht einen allgemeinen Ueberblick über diese Versicherungsanstalten auf gemeinschaftlicher berufsgenossenschaftlicher Grundlage. Der Auer'sche Antrag enthalte beachtenswerthe Momente, gehe aber zu weit. Dieser Antrag erschöpfe dabei gar nicht die Wünsche, die das Centrum an die Invaliditätsversicherung stellt; es gebe viel dringendere Bedürfnisse, die erfüllt werden müssen, so die Gewährung der Krankenunterstützung während 26 Wochen, statt bisher 13 Wochen, der sich dann eventuell die Auszahlung der Invalidenrente anschließen könnte. Von Bedeutung sei die Verwendung des Versicherungsfonds zu Zwecken des landwirthschaftlichen Credits, da die Sparcassen in dieser Beziehung fast ganz verlagern. Für Arbeiterwohnungen sind von einzelnen Versicherungsanstalten schon große Summen hergegeben worden, es könne aber noch viel mehr geschehen. Eine Anregung, den Einfluß des Reichsversicherungsamtes in dieser Richtung hin geltend zu machen, sei nothwendig. (Beifall im Centrum.)

Abg. Mollenbuhr (Soc.): Wir hätten gar nicht den Antrag gestellt, das ganze Gesetz einer Revision zu unterwerfen, wenn wir nicht wüßten, daß derartige Anträge, selbst wenn sie angenommen, recht langer Zeit bedürfen, ehe sie verwirklicht werden. Würde der Antrag H i k e auch angenommen, er könnte recht lange auf seine Durchführung warten. Da heißt es denn zunächst, die dringendsten und bedeutendsten Mängel zu beseitigen. Was hat man nicht alles vor dem Alters- und Invaliditätsgesetz versprochen, und wie wenig hat man gehalten. Aber das Nothdürftigste sollte man doch wenigstens erfüllen. In den Motiven zu dem Gesetz hieß es, daß die Vorlage für die Arbeiter eine Fürsorge in allen Fällen erstrebt, in welchen sie, ohne durch die Unfallversicherung gedeckt zu sein, nachweislich vollständig erwerbsunfähig geworden sind, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, in dem die Erwerbsunfähigkeit eintritt.“ Weiter hieß es: „Daneben soll aber Arbeitern, welche ein bestimmtes hohes Lebensalter erreicht haben, eine Fürsorge ohne Nachweis der Erwerbsunfähigkeit gewährt werden.“ Was hat das Gesetz davon erfüllt? Unser Antrag will die Uebergangsbestimmungen abändern. Muß doch während der Uebergangszeit jeder, der Altersrente empfangen will, erst den Nachweis führen, daß er in den Jahren 1881 bis 1891 im Ganzen 141 Wochen in Arbeit gestanden hat, in welcher er hätte versichert sein müssen für den Fall, wenn das Gesetz schon bestanden hätte. Wenn dieser Nachweis in den ersten Jahren auch sehr leicht zu erbringen war und wenn man auch Anfangs coulant war, so hat sich die Sache doch bald geändert, und zwar um deswillen, weil eine ganze Reihe von Leuten kein Buch darüber führen, welche Arbeiter und wie lange sie beschäftigt waren.

Welcher Kleinbauer, welcher Kleinmeister thut das? Genau so geht es mit den Privaten, welche Walsch- und Scheuerfrauen beschäftigen. Nun sagt man, diese Leute hätten sich gleich die Scheine besorgen können, aber die meisten Leute werden es nicht gethan haben, da sie noch eine Reihe von Jahren von dem 70. Lebensjahr trennte. Diese werden jetzt kaum in der Lage sein, diese Bescheinigung zu erbringen. In derselben Lage befinden sich auch die fluctuierenden Erdarbeiter, die Arbeiter, die an umherziehenden Dreschmaschinen beschäftigt sind. Sie wissen kaum noch, wie ihr Anwender hieß und dieser hat meistens kein Buch über sie geführt. So ist es z. B. in der Marksch Mode, daß die Arbeiter nach dem Menschenmarke zu Krammen, Marne und Wesseburen gehen, dort engagiert werden, eine Zeit lang herumziehen und wieder nach Hause gehen, wenn die Campagne zu Ende ist. Und selbst in der Großindustrie, wo sorgfältig Buch geführt wird, werden die Bücher kaum über fünf Jahre aufbewahrt. Jetzt wo bald fünf Jahre seit Einführung des Gesetzes verlossen sind, werden auch diese Arbeiter nicht mehr in der Lage sein, den vorgeforderten Nachweis zu erbringen, und sie empfangen deshalb keine Rente, sind aber trotzdem gezwungen, obwohl sie 70 Jahre alt sind, Woche für Woche diese Beiträge zu entrichten, ohne Aussicht auf Erlangung einer Rente. Sie müssen mindestens das hundertste Lebensjahr erreichen, um die Rente zu erhalten. Dazu kommt noch ein zweiter Punkt. Nach § 157 des Gesetzes wird den Leuten nur soviel gut gerechnet, als sie bei Inkrafttreten des Gesetzes Jahre und Wochen über 40 Jahre alt waren. Jemand also, der bei Inkrafttreten des Gesetzes 69 Jahre alt war, mußte 47 Wochen gearbeitet haben, bevor er die Altersrente empfangen konnte. Und so geht es weiter; für jedes Jahr sollen 47 Wochenbeiträge gezahlt werden. 47 Wochen im Jahre sollen also die alten Leute wenigstens gearbeitet haben. Nun giebt es doch eine ganze Reihe von Unternehmern, die solche alte Leute nicht in Arbeit nehmen, die „Musteranstalten“, die Besten und königlichen Fabriken sind dabei ja mit „gutem Beispiel“ vorgegangen. Ueber 40 Jahr alte Leute sind also in der Regel länger arbeitslos, als jüngere. Diese Leute werden wohl nicht in die Lage kommen, bereits vom 70. Lebensjahre ab Renten zu bekommen. Bauhandwerker, Tischhauer, Stößer und selbst die Tagelöhner in der Landwirtschaft, die Campagnearbeiter in Zuckerfabriken und Ziegelmeyern, weiter

die Saisonarbeiter, alle diese werden durchschnittlich keine 47 Arbeitswochen im Jahre nachweisen können. Und der Erfolg ist, daß sie nicht mit dem 70. Lebensjahre in den Genus der Altersrente kommen. So wird bei dem bestehenden Gesetze die Zahl der Leute, die Altersrente empfangen, abnehmen und diese Abnahme wird andauern bis zum Jahre 1921. Dann sind diejenigen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes 40 Jahr alt waren, 70 Jahre, und dann kommt der Vordruck wieder, daß die 1400 Behnwochenbeiträge nicht mehr in 30 Jahren, sondern in einem längeren Zeitraum erbracht werden müssen. Dieser Rückgang in der Zahl der Altersrentner läßt sich jetzt schon statistisch nachweisen. Im Jahre 1891 werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach 70jährigen Altersrentnern gar nicht mehr begegnen; sie können dann für Geld gezeigt werden. — Nicht besser ist es mit der Altersrente, die angeblich nur die Decoration zum Ganzen, zur Invalidenrente sein sollte. Wie steht es aber mit der Invalidenrente? Statt der erwarteten 67,000 Invalidenrentner im ersten Jahre, waren es insgesammt nur 17,000 (Hört, hört links!) Statt der 131,000 Invalidenrentner, die am Schlusse des zweiten Jahres vorhanden sein sollten, haben wir jetzt am Schlusse des dritten Jahres 38,000. Also nur 29 pCt. von den Invaliden, die man ursprünglich erwartet hatte, sind thatsächlich invalide geworden. Daß da ein Fehler im Gesetz vorhanden sein muß, liegt klar auf der Hand. In Wirklichkeit ist die Invalidität eine viel größere; die gesetzlichen Bestimmungen sind aber derart, daß nur sehr wenig Leute in den Genus der Invalidenrente kommen können. Deshalb haben wir beantragt, daß sowohl die Uebergangsbestimmung im § 157 als auch der Absatz 3 des § 9, der den Nachweis der Invalidität ungemein erschwert, geändert werden. Wie oft wird in der Wahltagitation das Argument gegen uns ausgespielt: Seht, welche ungeheuren Summen die Unternehmer allein für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter zahlen müssen, seht, welche hohe Zuschüsse das Reich dazu leistet. Ja, in den Stats stehen regelmäßig die Zuschüsse, aber das Reid ist: es geht so, wie es bei Reuter in „Mit mine Stromtid“ geht: „Schweinefleisch ist ein gutes Essen, sie kriegen bloß nichts davon“. Die Arbeiter kriegen nicht einmal im Verhältnis der Beiträge, die sie selbst zahlen, etwas heraus. In den ersten drei Jahren, von denen Berechnungen vorliegen, wurden an Beiträgen insgesammt erhoben: 267 Millionen, also 133 1/2 Mill. von den Arbeitern. Dazu kam der Reichszuschuß im ersten Jahre 6, im zweiten 8, im dritten Jahre 11 Millionen. Rechnen wir nun Reichszuschuß und ausbezahlte Rente zusammen, so erhielten die Arbeiter im ersten Jahr für 44 Millionen Beiträge 9 Millionen Rente und 6 Millionen Reichszuschuß, im Ganzen 15 Millionen, also noch nicht ganz 34 Prozent ihrer Beiträge; im zweiten Jahr 13 Millionen Rente, 8 Millionen Reichszuschuß, also zusammen 21 — die Arbeiter bekommen also noch nicht die Hälfte von dem, was sie gezahlt haben. Im dritten Jahre ist es das ähnliche. Das ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter unzufrieden sind. Nun hat man gesagt: Ja, in den ersten Jahren wird die Rente niedriger sein im Verhältnis zu den Beiträgen, aber die Ueberschüsse werden von Jahr zu Jahr abnehmen. Man rechnet aus, daß in circa achtzig Jahren ein Fonds von etwa 2 Milliarden angesammelt wäre. Man setze voraus, die Ueberschüsse würden von Jahr zu Jahr geringer werden. Nun ist das vom ersten zum zweiten Jahre auch eingetreten; im ersten Jahre waren 72 Millionen, im zweiten 65 Millionen Ueberschuß. Im dritten Jahre aber tritt wieder eine Steigerung auf 68 Millionen ein. Man sieht also, daß die Ueberschüsse jedenfalls auf dieser Linie sich beim gegenwärtigen Stand des Gesetzes bewegen werden; statt in den ersten 80 Jahren werden in 2 Jahrzehnten die 2 Milliarden complett werden. Das ist ein Mißverhältnis. Das Gesetz bedarf dringend der Aenderung. Da nun die von der Altersrente einer Formalität wegen ausgeschlossenen 70jährigen Arbeiter in bedrängter Lage sind, haben wir zunächst die Abänderung dieser beiden Paragraphen beantragt. Wenn man die Arbeiter auslöshen will, sollte man Rücksicht auf ihre Lage nehmen. Jetzt geschieht das nicht. Wenn sich heute z. B. ein Maurer invalide meldet, verweist man ihn auf eine leichtere Beschäftigung. Aber der Uebergang von einem Beruf zum andern läßt sich im vorgeschrittenen Lebensalter sehr schwer, häufig gar nicht bewerkstelligen. Unser Antrag will hier Abhilfe schaffen. Wenn heute z. B. ein Arbeiter in Hamburg nicht mehr 150 Pf. verdienen kann, wird man ihn unbedingte eine Rente zusprechen müssen, während dieser Satz noch ein ganz normaler Verdienst für Landarbeiter ist. Dafür sind ja im Gesetz verschiedene Klassen eingerichtet, und diese Einteilung sollte man mehr berücksichtigen. Wir fordern also eine Aenderung dieses Gesetzes, womöglich noch in dieser Session. Will man aber das Gesetz nicht ändern, dann tausche man es wenigstens um und nenne es nicht mehr Alters- und Invaliditätsgesetz sondern Gesetz für Capitalansammlung auf Kosten der Arbeiter. Das wäre dann die richtige Bezeichnung. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Kruse (natl.) begründet seinen Antrag, die Unfallversicherung auf die in der Seeindustrie beschäftigten Personen auszudehnen. Er verweist auf die vielen Unglücksfälle, die in der letzten Zeit der Seeindustrie vorgekommen seien und denen auch viele Seefahrer zum Opfer gefallen wären. Der Einbeziehung der Seefischer in die Unfallversicherung dürfte um so weniger etwas entgegenstehen, als der schon vor einiger Zeit im Reichsanzeiger veröffentlichte Entwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung diese Ausbehnung vorgesehen habe. Das gelbe Fieber den Betriebsunfällen im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes gleichzustellen, wie er dies beantragt, rechtfertigt sich schon aus dem ständigen Vorkommen dieser Krankheit.

Abg. v. Salisch (deon.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu den Anträgen H i k e. Eine Correctur der Invaliditäts- und Altersversicherung sei, wie schon sein Fraktionsgenosse v. Staudy im vorigen Jahre angeführt, durchaus nothwendig und ebenso sei seine Partei damit einverstanden, daß die reichen Mittel der Versicherungsanstalten für landwirthschaftliche Zwecke und Arbeiterwohnungen mehr

dienbar gemacht werden. Seine Partei habe sich mehrfach für eine Vereinfachung der Invaliditäts- und Unfallversicherung ausgesprochen.

Hg. Steinger (Chr.) beklagt die große Belastung, welche das "Wappergesetz" auferlege. Die Industrie trage diese Last viel leichter und bei der Revision sollte man versuchen, die Landwirtschaft von einer Last zu befreien, die sie nicht tragen kann.

Hg. Brühne (Soch.) wendet sich dagegen, daß die Versicherung noch mehr beschränkt werden soll, anstatt sie auszuweihen, die Rentenerlangung noch zu erschweren, anstatt sie zu erleichtern. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die den Arbeitern in den Weg gelegt werden, um die Unfallversicherungsbeiträge zur Durchführung zu bringen. Es gäbe immer noch Berufsgenossenschaften, die keine derartigen Vorschriften erließen. Man thue so, als ob dem Arbeiter nichts Günstigeres passieren könnte, als einen Arm oder ein Bein zu brechen, um dadurch die Unfallrente zu erlangen. Wie schwer es den Arbeitern selbst im Falle eines Unglücks gemacht werde, die gesetzliche Entschädigung zu erhalten, dafür giebt Redner zahlreiche Beispiele, insbesondere weist er darauf hin, daß denjenigen Arbeitern, die sich einer Operation nicht unterziehen wollten, die Rente verweigert worden. Erfreulicherweise habe das Reichsversicherungsamt gegen die Berufsgenossenschaften entschieden. Die Verwaltungsstellen der Berufsgenossenschaften seien sehr hoch. Die Entscheidung der kommunalen Räte haben nicht den Erwartungen entsprochen. Es zeige das, wie sehr sich die Verhältnisse der Arbeiter in den letzten Jahren noch verschlechtert hätten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr verlegt. Außerdem haben noch Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.
Der Präsident theilt mit, daß er beabsichtige, Donnerstag die erste Sitzung des Tabaksteuer-Gesetzes auf die Tagesordnung zu setzen.
Schluß 5 Uhr 30 Min.

Locales.

Breslau, den 19. Februar 1895.

Zur Frage des Breslauer „Schiller-Theaters“.

Man schreibt uns:

„Im Anschluß an die gefrige Erwiderung noch einige Zeilen über die Veranlassung, die am Sonntag zu Gunsten des Weißblichen Projektes stattgefunden hat. Herr Weißlich hatte die Vorstände hiesiger Vereine, sowie eine Anzahl solcher Leute eingeladen, die für ein Breslauer Schillertheater schwärmen, und hielt ihnen einen Vortrag. Es ist nicht unsere Absicht, über diesen Vortrag, sowie über den Verlauf der Versammlung hier noch einmal zu berichten, sondern wir wollen nur einige uns interessirende Punkte erwähnen. Zunächst sei mitgetheilt, daß Herr Weißlich erklärte: er habe nicht gesagt, das Breslauer Schiller-Theater solle nur für den gebildeten Mittelstand, sondern er habe gesagt, es solle nicht nur für den Arbeiterstand, sondern hauptsächlich auch für den gebildeten Mittelstand sein. Von Theilnehmern an der ersten Versammlung wird uns berichtet, Herr Weißlich habe den Satz in der von uns und auch von der „Breslauer Morgen-Ztg.“ mitgetheilten Fassung ausgesprochen; trotzdem wollen wir die jegige Erklärung des Herrn Weißlich als richtig acceptiren.“

Nach der Ansicht eines Redners befordert die gefrige Versammlung zum weitaus größten Theil aus Angehörigen des gebildeten Mittelstandes. Er meinte, die Herren sollten sich nicht scheuen, dies zu bekennen; er selbst rechne es sich zur Ehre an, diesem Stande anzugehören. Der Mann hat sich getäuscht. Allerdings schien der Mittelstand reichlich vertreten zu sein, die „Bildung“ aber schien er nicht mitgebracht zu haben. Unter Genosse Stomrowel machte, nachdem Herr Weißlich unter lautem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, in durchaus ruhiger und sachlicher Weise einige Bemerkungen gegen die geplante Theatergründung geltend. Er wies darauf hin, daß das Schiller-Theater in Berlin durch Anführung von Dramen des Legationsrats v. Wilmbrandt einem falschen Patriotismus das Wort rede, und daß auch für Breslau die Gefahr bestehe.

Er konnte den Satz nicht beenden, weil er in brutalster Weise niedergedrückt wurde. Waren es die Worte „falscher Patriotismus“, oder war es der „Wilmbrandt“, oder waren es alle drei Worte zusammen — kurz, diese drei Worte genügten, die zahlreich vertreten des „gebildeten“ Mittelstandes in jenen Sälen zu versetzen, in welchen der Saal gerath, sobald ihm ein rothes Tuch gezeigt wird. Diese Leute wendeten sich Fremde der Kunst! Für diese Geschäft ist ein Theater gegründet werden! Armer, bedauerlicher Herr Weißlich!

Es muß anerkannt werden, daß der Vorsitzende der Versammlung, Herr Rechtsanwalt Jopp, der Schreibender in seiner Weise einen Rißfall ertheilte und für zwei Wochen brach. Rausch wüßte es, zu sehen, wie die Herrschaften diesen Rißfall als eine Art Spezialei hingenommen. Genosse Stomrowel erklärte sehr patetisch, er habe geglaubt, in eine Versammlung

gebildeter Leute zu kommen; da er sich enttäuscht sehe, verzichte er nunmehr auf's Wort.

Zum Schluß erklären wir: die Breslauer Arbeiterschafft hat gegen die Gründung eines Breslauer Schillertheaters nichts einzuwenden. Sie glaubt nicht, daß es bestehen kann, überläßt es jedoch den Gründern und Actionären, sich über diese Frage den Kopf zu zerbrechen. Aber die Arbeiterschafft hält es für eine kunstwidrige und verdammenswerthe That, die von ihr ins Leben gerufenen Volksvorstellungen durch Ankauf des Schillertheaters zu zerstören. Wenn der „gebildete“ Mittelstand so rege Kunstinteressen besitzt, wie er vorgiebt, dann mag er in die Taschen greifen und Geld zum Bau eines neuen Theatergebäudes hergeben; unser Arbeitstheater aber soll uns der „gebildete“ Mittelstand in Ruhe lassen. Wir bringen, um mit Herrn Professor Koch zu reden, durch unsere Volksvorstellungen mehr Kunst unter das Volk, als es das künftige Schillertheater jemals thun wird.“

— [Confiscirt!] Der „Säteste Landbote“ Volkskalender für 1895, der vom Verlage der „Volkskraft“ herausgegeben wurde, ist gestern Abend in der Expedition der „Volkskraft“ beschlagnahmt worden und sollen der Polizei einige hundert Exemplare in die Hände. Der § 130 des Strafgesetzbuchs ist es, gegen welchen in dem genannten Kalender mehrfach gesündigt sein soll, also Aufreizungen zum Rassehaß sollen in demselben enthalten sein. Wir können aus dem Inhalt des Kalenders derartige Vergehen nicht herauslesen. Es besteht sich allerdings immer mehr, daß die Umsturzvorlage ihre Schatten vorauswirft.

— [Die „Goldbelle“ ist nun für immer aus Eppmanns Panoptikum beiseite,) die hiesige kgl. Regierung hat die Beschwerde zurückgewiesen, die seitens des Besitzers des Panoptikums gegen das Ausstellungs-Verbot des kgl. Polizeipräsidiums erhoben wurde. Wie konnte es auch anders kommen! In einer Zeit, in welcher, wie heut, der Kampf für Religion, Ordnung und Sitte entbrannt ist und dem Volke eine Umsturzvorlage präsentiert wurde, wonach alles, was irgend die Grundvesten des Staates, Religion, Ehe, Familie u. s. w. erschüttern könnte, geschloßt werden soll, darf man sich wirklich über das Verbot der Ausstellung einer Wachsfigur, die eine „Goldbelle“ darstellt, nicht wundern. Wie werden sich die Hypermoralisten ob der Anweisung der „Goldbelle“ aus dem Panoptikum freuen!

— [Luitungskartenabgabe.] In Folge der Mahnung, daß die Luitungskarten von verharbenen, sowie derjenigen Personen, welche aus der Versicherung durch Selbstmordigkeit, Selbstverletzung u. a. u. s. d., nicht zur Abgabe gelangen, wird wiederholt darauf aufmerklich gemacht, daß die Zurückhaltung der Luitungskarten insofern zwecklos ist, als eine anderweite Verwendung der Karten völlig ausgeschlossen bleibt und die Abgabe der Karten für die Versicherungsanstalt schon daher von besonderem Interesse ist, um das Ansehen der Karten, speciell der Versicherungskarten zu verhüten. Diejenigen Personen, welche durch Selbstmordigkeit, Selbstverletzung u. a. u. s. d. aus der Versicherung ausgeschlossen sind, können gleichfalls gut, die Karten abzugeben und sich darüber eine Bescheinigung geben zu lassen, da es leicht vorkommen kann, daß die auf der Karte vermerkte Güterstücknummer übersehen und die Karte dadurch ungültig wird, ein späterer eventueller Rentenanspruch aber dann mit Schwierigkeiten verbunden ist. Durch die Zurückhaltung der Karten ist aber auch der nöthigen Verwendbarkeit der eingelebten Karten dadurch Raum gegeben, daß durch nachfolgende Verlegung der Karten dieselben von anderen Personen genommen und die Karten nochmals verwendet werden, trotzdem diese Verwendung nach § 154 Absatz 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes mit Gefängnis nicht unter drei Monaten neben Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte geahndet wird. Die sofortige Abgabe der betr. Karten kann daher nur empfohlen werden.

— [Stadtsverordneten - Versammlung.] Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 21. d. M., Nachmittags 4 Uhr, statt.

— [Die Ausschüsse der Stadtsverordneten - Versammlung haben sich nunmehr in folgender Weise constituirt:

I. Ausschuss für Wahl- und Verfassungsangelegenheiten: Seiberg (Vorsitzender), Morgenstern (Stellvertreter des Vorsitzenden), Dr. Pannes (Protokollführer), Rosenbaum (Stellvertreter des Protokollführers), Ehrlich, Feige, Gröner, Grub, Haberl, Rieger, Müller, Dr. Porst, Seidel I, Simon und Uroz.

II. Ausschuss für Finanz-, Steuer-, Handels-, Gewerbe- und Verkehrs-Ange-

legenheiten: Morgenstern (V.), Niemann (St. d. V.), Labowitz (P.), Smoler (St. d. P.), Ehlers, Eppenstein, Friedenthal, Goebel, Mugdan, Dettlinger, Odenberg, Sachs, Schimmelmann und Weidemann.

III. Ausschuss für Schul-, Unterrichts- und Bildungs-Angelegenheiten: Gaimauer (V.), Dr. Fiedler (St. d. V.), Kaiser (P.), Brehmer (St. d. P.), Anwand, Bluhm, Wörlsch, Hamburger, Riple, Klee, Dr. Pannes, Rosenbaum, Dr. Simon, Dr. Wagner und Ziese.

IV. Ausschuss für das städtische und ländliche Grundeigenthum der Stadt, für Servis- und Einquartierungs-Angelegenheiten: Seidel I (V.), Gröner (St. d. V.), Becker (P.), Schlesinger (St. d. P.), von Drabizius, Feige, Haberl, Holm, John, Kaulisch, Markfeld, Meinhold, Opiß, Priesemuth, Niemann, Rosenbaum, Schweizer und Wagner.

V. Ausschuss für das gesammte Bauwesen, die städtischen Feuer-Assecuranz-, Sicherungs-, Straßenbeleuchtungs-, Wasserversorgungs- und Canalisations-Angelegenheiten: Simon (V.), Ehrlich (St. d. V.), Veier (P.), Meyer (St. d. P.), Kellerode, Bischoff, Busch, Grund, Hähndel, Heinke, Karger, Legius, Mann I, Pringsheim, Seidel II, Trelenberg, Urban, Wisowig Woywode.

VI. Ausschuss für öffentliche Gesundheits-, Armen- und Krankenpflege, Friedhöfe, Kirchen-, Hospital-, Wohlthätigkeits- und Strafanstaltswesen: Dr. Körner (V.), Härtel (St. d. V.), Müller (P.), Bluhm (St. d. P.), Jüllhorn, Haberl II, Hein, Köhler, Dr. Lodenburg, Dr. Lehmann, Liebisch, Melde, Dr. Neisser, Pruffog, Schmidt, Scheyde, Seibert, Dr. Töpfig und Dr. Wollner.

VII. Ausschuss für die Rechnungs-Revisions-Angelegenheiten: Schlesinger (V.), Kleemann (St. d. V.), Eppenstein (P.), Jünger (St. d. P.), Baumeister, Biller, Fißt, Heymann, Kiehlmann, Kunde, Lange, Lemich, Mann II, Wende, Seilffer, Scholz, Dr. Wollner und Zebulla.

VIII. Ausschuss für die Feststellung des Stadthaushalts-Stats (Budget-Ausschuss): Freund (V.), Dr. Pannes (St. d. V.), Veier, Viller, Bluhm, Ehrlich, Friedenthal, Gröner, Grund, Haberl I, Heinke, John, Kaiser, Morgenstern, Mugdan, Niemann, Rosenbaum, Seidel I, Simon, Weidemann und Dr. Wollner.

— [Stadt-Theater.] Heute, Dienstag, geht die komische Oper „Der König hat's gesagt“ von Leo Delibes in Scene. — Morgen, Mittwoch, gelangt Mozarts Oper „Die Hochzeit des Figaro“ zur Wiederholung. — Die Premiere des Schauspiels „Dittlie“ von F. G. Driesch ist auf Freitag, den 22. d. M., angelegt.

— [Lobe-Theater.] Heute, Dienstag, findet die vierte Aufführung der mit großem Beifall aufgenommenen Novitäten „Halali“ und „Die stille Wache“ statt. Um das Repertoire möglichst abwechselungsreich zu gestalten, wird der neue französische Schwank „Fernands Checontract“ (Un fil à la patte) von Georges Feydeau zur baldigen Aufführung vorbereitet. Diese Novität beherrscht seit Wochen das Repertoire des Residenz-Theaters in Berlin.

— [Concordia-Theater.] Morgen findet zum Benefiz des Herrn Ogrostky eine Aufführung des Lustspiels „Der Proberpfel“ von Oscar Blumenthal statt. — In Vorbereitung befindet sich: „20.000 Mark Belohnung“.

— [Vom Eppmannschen Panoptikum.] Da wie oben mitgetheilt, von der Austellung der Nachbildung der ermordeten Ehe Grob definitiv Abstand genommen worden ist, nachdem die königl. Regierung die Beschwerde gegen das Ausstellungsverbot des königl. Polizeipräsidiums abschlägig entschieden hat, ist zum Ersatz dafür ein Colossalbild, den Untergang der „Elbe“ darstellend, ausgestellt worden. Außer dieser Neuerwerbung und den sonstigen zahlreichen Ehrengüterkeiten des Panoptikums fehlt das Interesse des Publicums immer noch in ungetheiltem Maße der wunderbare Miniaturmensch Dobos János.

— [Feuer.] Heute Nachmittags 5 Uhr 15 Minuten wurde die Feuerwehr nach dem Hause Antonienstraße 30 gerufen, wo angeblich ein Bodenbrand ausgebrochen sein sollte. Thatsächlich erfüllte die Bodenräume eines im Hofe rechts gelegenen Gebäudes dichter Qualm, doch konnte nicht sogleich der Herd des Feuers ermittelt werden. Erst nach längerem Suchen wurde er in den Partieräumen gefunden, wo die Gasjetanlage nebst Verpackung brannte. Der Rauch hatte sich durch Ventilationsrohre Abzug verschafft und so die Bodenräume mit Rauch gefüllt. Das Feuer wurde mit einigen Eimern Wasser unter Zuhilfenahme des Löschpumpens unterdrückt.

— [Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 16. und 17. d. Mts.: 129 Personen. — Abhanden gekommen: ein Zehnamarkstück, eine goldene Brosche und zwei Portemonnaies mit 3 und 50 Mk. Inhalt. — Gefunden: ein Rausch, ein Regenschirm, ein schwarzes Tuch, ein goldenes Armband, ein Pfandschein, ein Messer und drei Infanteriemützen.

Schlesien.

X. S. Stegmit. Ein roher und gewaltthätiger Mensch ist der hiesige Handelsmann Rettinger. Derselbe stand dieser Tage wieder vor der Strafkammer und hatte sich wegen Beleidigung, Bedrohung und Körperverletzung zu verantworten.

* Freiburg i. Schl. An sämtliche in der Holzarbeiterbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach langer Zeit liegt wieder einmal die Möglichkeit vor, daß die hiesige Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes in einem öffentlichen Locale ihre Mitgliederversammlung abhalten kann.

T. Renzky, 16. Februar. Arbeitslos! Nur Derjenige, der sich selbst schon in solcher Lage befindet, der durch die heutige „Ordnung“ des gesellschaftlichen Lebens auf die Straße geworfen und mit Frau und Kindern dem Hunger überliefert wurde, weiß, was dieses kurze Wort zu bedeuten hat.

war sein Flehen! Ach was geht uns ihre Familie an, ob die zu Grunde geht oder nicht, wurde ihm zur Antwort. Hatte der Arme hier schon eine recht „christliche“ Behandlung erfahren, so glaubte er sicher beim Herrn Pastor, dem Seelsorger der Gemeinde und Vertreter der Lehre Christi, ein besseres Entgegenkommen zu finden und stellte an diesen das Ersuchen um ein kleines Darlehn.

* Lauban, 17. Februar. Der bei der Firma Wolff u. Held angestellte Lagerhalter Henke ist am 16. d. Monats, Nachmittags, mit 20,000 Mark flüchtig geworden.

* Lauban, 18. Februar. Die Armentschule hat man hier endlich aufgehoben. In der Stadtkommission vom 15. Februar wurde die seit längerer Zeit unsere Bürgerlichkeit bewegende Frage, betreffend die fernere Gestaltung der hiesigen Volksschule, endgültig entschieden.

* Zabrze, 17. Februar. Ueber das Grubenunglück auf der „Königin-Luise-Grube“ gehen dem „Oberschl. Anzeiger“ folgende Einzelheiten zu: Auf der „Königin-Luise-Grube“ zu Zaborze-Bierzeß wollten ein Steiger und mehrere Bergleute unter Benutzung von Maschinen und elektrischem Licht in ein abgedämmtes Feld vordringen, welches nach Mittheilung eines Fachmannes früher gebrannt haben mußte und wo sich schlechte Luft und Gase angesammelt hatten.

Vermischtes.

Berlin, 18. Februar. Von der zweiten Feuerwehrcompagnie sind 23 Mann an Influenza erkrankt. Die Influenza grassirt stark in Berlin.

Ein pfiffiger Criminalstudent hat am Sonnabend in Berlin durch einen eigenartigen Rollenwechsel einen schlaun bedachten Erfolg erzielt. Wegen eines in Hamburg verübten Diebstahls wurde am Mittwoch der „Arbeiter“ Carl Wendt verhaftet und im Untersuchungsgefängnis untergebracht.

* Zübel, 18. Februar. Der Tage lang im Eise bei Travemünde eingeschlossene Dampfer „Nema“ ist Sonntag spät Abends durch den Eisbrecher „Trabe“ wohlbehalten in den Hafen von Zübel gebracht worden.

Eine heftige Erderstüttung wurde in der Nacht zum Sonnabend in Serbien in der Umgegend von Kragsjewah verspürt.

Unter der Ueberschrift „Ein Delgeffer“ bringt die „Daxtoner Volkszeitung“ folgende Mittheilung: Die unlängst erfolgte Erbohrung einer Erdölquelle in Sandusky County, Ohio, hat sich in ihrem letzten Acte zu einem Schauspiel gestaltet, wie es an Großartigkeit und wohl auch an Schreckhaftigkeit selten zu sehen ist.

Eine curiose Haupttreffer-Gewinnste. In Frankfurt a. M. erschien in dem Lotteriegeldgeschäft von Wih. Mayer ein Mann Namens Kinski aus Niederrad und kaufte von dem Ladenmädchen ein Viertelloos der Trier'schen Lotterie, wobei er eine bestimmte Nummer verlangte.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Februar. Die Deputation des Bundes der Landwirthe erhielt heute die nachgesuchte Audienz beim Kaiser. Der Vorsitzende des Bundes, Wg. v. Bloch, verlas eine Adresse der deutschen Landwirthe, welche sich mit dem landwirtschaftlichen Nothstande befaßt und vom Kaiser dringend Hilfe erbittet.

Zum Marine-Gesetz wird dem „Hamb. Correspond.“ von hier geschrieben: Die Centrumpartei werde nur drei neue Kreuzer bewilligen, nehme aber Anstand, auch den Ersatz für Kreuzer „Leipzig“ zu bewilligen.

Der Brief des Herrn von der Gröben an Freiherrn von Mantensfel über die Wahl in Oletko-Pol soll, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, schon zwei Tage vor der Veröffentlichung in der „Leipziger Volkszeitung“ von socialdemokratischer Seite einem bürgerlichen Blatte gegen Entschädigung angeboten, von diesem aber abgelehnt worden sein.

Die Localcommission giebt bekannt, daß in Berlin und in 83 Vororten 67 Cäle den Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung stehen, alle übrigen sind gesperrt.

Die in Juni d. J. stattfindende Eröffnung des Nord-Discecanals wird, wie die „Post“ berichtet, eine Feier von europäischem Belange werden, wie man hört, werden alle deutschen Fürsten und alle seefahrenden Nationen im Auftrage des Kaisers Einladungen zu der im großen Stile zu veranstaltenden Eröffnungsfest erhalten.

Kassel, 18. Februar. Das frühere, langjährige nationalliberale Mitglied des Reichstages, Reichsgerichtsrath Otto Baehr, ist heute hier gestorben. Baehr war ein bekannter Jurist, der sich im vorigen Jahre noch scharf gegen die Brauereirei gewendet hat.

Wien, 18. Februar. Der frühere Landtags- und Reichstagsabgeordnete Barthel Haanen ist hier gestorben.

Budapest, 18. Februar. Die socialdemokratischen Arbeiter erklärten sich in vier Versammlungen energisch gegen die Gemeinschaft mit der katholischen Volkspartei.

London, 18. Februar. Wie der römische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erzählt, haben jüngst Unterhandlungen zwischen Italien und Deutschland stattgefunden in Bezug auf den Beitritt Russlands zum Dreibunde. Solche Verhandlungen einwilligen, dem Dreibunde beizutreten, so würde Italiens Stellung unverändert bleiben. — Da würde Auf-

Wird ja wieder „Erbschreck“ werden? Vorläufig machen wir wohl ein großes Fragezeichen hinter diese Nachricht.

Paris, 18. Februar. Die über den früheren deutschen Offizier Schoenebeck wegen Spionage verhängte fünfjährige Gefängnisstrafe ist von der Berufsinstanz auf vier Jahre Gefängnis ermäßigt worden; die Geldstrafe von 5000 Francs ist befristet worden.

Christonia, 18. Februar. Das Organ der Linken, Berdens Gang, meldet: Der König berief den ehemaligen Ministerpräsidenten Steen, von der Partei der Linken, auf Dienstag zu einer Konferenz über die Cabinettsfrage.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 16. Februar.

Geburten. I. Kutcher Joachim Grünner, kath., S. Dienstmann Franz Grzib, kath., I. - Kutcher Robert Heinze, ev., S. - Hilfsmeister Paul Sterniste, kath., I. - Buchhalter Paul Lauffer, ev., I. - Eisendreher Carl Klose, kath., I. - Schuhmacher Gustav Spredowski, ev., I. - Knopfmacher Friedrich Möschner, ev., I. - Seiler Hermann Materne, ev., I. - Arbeiter Ernst Diechle, ev., S. - II. Eisenbahn-Padmeister Johann Breithaupt, ev., I. - Buchbindermeister Bernhard Spielgarth, kath., S. - Kutcher Wilhelm Zedler, kath., S. - Wirtschaftsprüfer Alfred Kroler, kath., I. - Eisenbahn-Padmeister Albert Scholz, kath., I. - Kutcher Johann Pietrom, kath., I. - Königl. Regierungsrath Oscar Schmidt, ev., S. - Arbeiter Carl Kub, ev., S. - Arbeiter Hermann Wante, ev., S. - Handelskammer-Commissar und Bergath Georg Gottlieb, ev., I.

Todesfälle. I. Paarmenwarter Julius Siny, 70 J. - Arbeiterwitwe Caroline Gräfer, geb. Schach, 67 J. - Restaurateur-Witwe Rosalie Matern, geb. Brauner, 66 J. - Heinrich, S. des Schuhmachermeisters Robert Schille, 5 J. - Vermittlere Commisionär Rosalie Schleginger, geb. Gubrauer, 67 J. - Alfred, S. des Restaurateurs Wilhelm Hillert, 2 M. - Kaufmann Otto Jürgas, 49 J. - Emma,

X. des Kutchers August Kern, 1 J. - Vermittlere Buchbindermeister Bertha Wuttke, geb. Schwarz, 55 J. - Maria, I. des Kaufmanns Felix Klebeth, 5 M. - II. Locomotivführer Franz Niemy, 50 J. - Hilfsbremserfrau Ottilie Niemy, geb. Nidel, 28 J. - Elisabeth, I. des Schuhmachers Josef Rink, 1 J. - Tischlermeister Ernestine Langner, geb. Scholz, 55 J. - Maurerfrau Caroline Maroth, geb. Schneider, 51 J. - Minna, I. des Arbeiters Wilhelm Richter, 3 M. - Otto, S. des Kutchers Josef Schumann, 6 Sid. - III. Martin, S. des Hilfsbremsers Josef Schumann, 1 J. - Kaufmannswitwe Anna Braun, geb. Georg, 71 J. - Elisabeth, I. des Schuhmachers August Bötkel, 8 M. - Margarethe, I. des Fleischers Gustav Bod, 1 J. - Schuhmachermeister August Kernig, 42 J. - Kaufmannsrau Eina Korn, geb. Fränkel, aus Sosnowice in Polen, 46 J. - Malergehilfe Richard Zimmermann, 26 J. - Privatlehrer Paul Herrmann, 69 J. - Buchhalter Robert Mireksh, 53 J. - Elisabeth, I. des Malermeisters Wilhelm Ackermann, 2 M. - Haushälter Wilhelm Wuttke, 45 J.

Vom 18. Februar.

Geburten. II. Körner Johann Rosenblatt, ev., S. - Schuhmacher Robert Heide, kath., I. - Prakt. Arzt Dr. Theodor Körner, kath., S. - Korfschneider Max Selig, ev., S. - Steinmetzmeister Gottfried Thorenz, ev., S. - Eisen- dreher Wilhelm Briesi, ev., S. - Schlosser Eugen Reisch, kath., S. - Werkmeister Wilhelm Herrmann, ev., I. - Haushälter Edward Flechner, kath., I. - Arbeiter Anton Müller, kath., S. - Postkassierer August Masur, ev., I. - Hilfsbeizer Oscar Grogmann, kath., I. - Materialienver- waltungsgehilfe Albert Günther, ev., I. - Schuhmacher Carl Nadingel, ev., S. - Schuhmacher Carl Nichte, ev., I. - Arbeiter Gottlieb Gärner, ev., I. - Arbeiter Wilhelm Paulus, ev., S. - Schuhmacher Paul Pieier, kath., S. - III. Nagelschmiedemeister Fritz Grotke, ev., I. - Bureau- vorsteher Heinrich Tischkale, ev., S. - Suidateur Carl Schindler, kath., I. - Buchbinder Robert Jankowski, ev., I. - Arbeiter Carl Erbrich, kath., I. - Regierungsbureau- diatar Max Proste, kath., I. - Pöschel'schote Paul Schröder, ev., S. - Cigarrenmacher Adolf Piensa, kath., I. - Bild- hauer Anton Simlinger, kath., I. - Tischler Paul Günzel, ev., S. - Brauer Josef Erlebach, ev., I. - Schmied Paul Seeliger, ev., S. - Gutmacher Joseph Zigmund, kath., I. - Müller August Schatz, ev., S.

Todesfälle. I. Arbeiter Carl Nibel, 69 J. - Maurersfrau Emma Reimann, geb. Lindner, 46 J. - Martha, I. des Schlossers Eduard Kramer, 1 J. 3 Mon. - Josef, - Paul, S. des Arbeiters Paul Neumann, 5 Mon. - Marie, I. des Kutchers Johann Rothmann, 2 J. 3 Mon. - Handelsmann Jacob Abraham, 32 J. - Waldemar, S. des Schneiders Constantin Jasinshy, 5 Mon. - Schlosserfrau Henriette Stodenschneider, geb. Beer, 51 J. - Arbeiter Franz Schachler, 46 J. - Louise, I. des Fabrik-Auffsehers Ludwig Stelter, 5 Mon. - Nachtwachmannsrau Martha Kuhn, geb. Sattler, 40 J. - Gesch. Bureauvorsteherfrau Auguste von Kosubski, geb. Rohnstod, 69 J. - II. Drechslersfrau Caroline Müller, geb. Kronauer, 27 J. - Lederhändler Simon Jelitto, 46 J. - Arbeiter Heinrich Seidel, 32 J. - Bergolderwitwe Marie Kirchner, geb. Schüdan, 67 J. - Hermann, S. des verstorbenen Schmiedes Hermann Kutche 17 Wochen. - Particulier Hermann Franke, 80 J. - Arbeiter- wittwe Louise Kunze, geb. Scholz, 69 Jahre. - Kaufmanns- frau Caroline Pantalla, geb. Handel, 57 J. - Dienstmädchen Emma Neumann, 21 J. - Schuhmacherfrau Marie Niemosik, geb. Kopec, 35 J. - Gertrud, Tochter des Kutchers Emil Juch, 11 Mon. - Ernst, S. des Igl. Amtsgerichts- rath's Dr. jur. Joseph Freund, 1 J. 7 M. - Vorhändler Friedrich Kühn, 42 J. - Rechnungsrathswitwe Bertha Gebauer, geb. Meil, 55 J. - Musikerwitwe Pauline Pöhsel, 55 J. - Weichensteller Franz John, 52 J. - Historienmalerswitwe Alwine Bender, geb. Petroll, 64 J. - Locomotiv-Führer Franz Niemy, 50 J. - Hilfsbremsersfrau Ottilie Niemy, geb. Nidel, 28 J.

Briefkasten.

N. 2. hier. Für das Verfahren auf erhobene Privat- klage werden in erster Instanz erhoben: 1. wenn nach Be- ginn der Hauptverhandlung Einstellung des Verfahrens er- folgt 5 Mark; wenn außer dem Falle der Nr. 1 die Instanz ohne Beweisaufnahme durch Urtheil beendet wird 15 Mk.; 3. wenn außer dem Falle Nr. 1 die Instanz nach statt- gehabter Beweisaufnahme durch Urtheil beendet wird 20 Mk.

Briefkasten der Expedition.

Vom neuen Weikalender sind uns noch eine kleine Anzahl zugegangen und können Bestellungen wieder erledigt werden.

Deutscher Kronprinz, Kurzegasse 50/52.

Sonnabend, den 23. Februar 1895:

II. Stiftungs-fest der freien Vereinigung aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Breslau's bestehend in Tanzkränzchen und humoristischen Vorträgen.

Anfang 8 Uhr. Entree Herr incl. Dame 60 Pfg., einzelne Dame 30 Pfg. Der Vorstand. Hierzu ladet alle Collegen und Colleginnen, Genossen und Genossinnen freundlich ein. Eintrittskarten sind Andersohnstraße 4 bei Menzel, im Vereinslocal bei Stasinowsky, Junkernstraße 20 und bei den Mitgliedern zu haben.

Stadt-Theater. Dienstag: „Der König hat's gesagt.“ Mittwoch: „Die Hochzeit des Figaro.“

Lobe-Theater. Dienstag: „Die tolle Waise.“

Victoria-Theater (Schauspieler-Gesellschaft). Täglich: Specialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Musik-Instrumente. Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spieluhren zum Drehen u. selbst- spielend, Musik-Automaten fertigt R. Cohn, Kupfergasse 17.

Gummi. Gummi-Kritzel, 1, 2, 3 M. p. Dg. Max Sander, Breslau, Kr. 58, 59, 3446

Der Süddeutsche Postillon. Nr. 4. monatl. satirisches Postblatt. Preis 10 Pfennig.

Sonntag, den 24. Februar 1895, Nachmittags 4 Uhr im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Kurzegasse 50/52: Gr. Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Handwerkerfrage und die Situation im Reichstage. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Liebknecht. 2. Discussion. Entrée 10 Pfg.

Frauen sind eingeladen. Socialdemokrat. Verein für Breslau und Umgegend. Sonntag, d. 24. Februar im Etablissement „Deutscher Kronprinz“, Kurzegasse 50/52: Tanzkränzchen. Anfang 7 Uhr.

Eintrittskarten Herr incl. Dame: 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg. sind zu haben bei: A. Skowronek, Sauerstraße 8, III. B. Kozler, Blücherstraße 21, I. P. Liebezeit, Schulgasse 19, III. C. Burgard, Sauerstraße 14, III. P. Kresse, Sauerstraße 34, IV. G. Mühlich, Burgfeld 15. O. Pätzold, Brüderstraße 2g. J. Giessmann, Gütlichstraße 45. Im Vereinslocal zu den „3 Tauben“. In Galle's Restaurant, Andersohnstraße 4. R. Fabian, Sauerstraße 5. K. Tietze, Bornwerfstraße 63a. H. Habemann, Sauerstraße 87 und in der Expedition der „Volksmacht“.

„Glühlichter.“ monatlich satirisches Postblatt. Zur Ausgabe gelangt Nr. 137. Preis 10 Pfg.

August Heyne, Rohtabak-Handlung. Berlin Leipzig Chemnitz. Breslau, Carlstraße Nr. 27. empfiehlt alle Sorten Rohtabak zur Cigarrenfabrikation zu billigsten Preisen in anerkannt bester Ware.



Damen-Gamaschen, fest und wasserdicht 4,50 Mk., Damen-Gamaschen, Doppelfohle mit Kappe 5,50 Mk., Damen-Filzstiefeln zum Schnüren und mit Gummizug, 2lohgig 6,50 Mk. Herren-Gamaschen mit Doppelfohle 7 Mk., Herren-Gamaschen auf Rand, leicht und haltbar 7,50 Mk. Herren-Gamaschen, elegant mit Besatz, Knöpfen 8,00 Mk. sehr gutmacher-Filzschuhe für Herren, Damen u. Kinder. Knopfstiefeln, Schnür- und Schnürstiefeln, in Luch-, Filz und Leder für Kinder in jedem Alter, in großer Auswahl. Gummischuhe für Herren 4,50 Mk. Gummischuhe für Damen 2,50 Mk. Gummischuhe für Kinder in bester Qualität 2,00 Mk.

Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4. (neben der Köhrens-Apothek). Vereins-Kalender. Breslau. Quartett-Verein der Köpfer „Humanität“. Jeden Mittwoch von 8-10 Uhr: Uebungstunde im Vereins-Local, Ludwigstraße 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Localverband Breslauer Tabakierer-Gehilfen. Jeder Mittwoch Vereins- u. Kasinabend im Edlich's Brauerei, Neumarkt 8. Aufnahme neuer Mitglieder. - Der Arbeitsnachweis jeden Abend von 7-9 außer Sonn- und Feiertag.

Sumatra. 20 Sorten von 1.40 bis 4.- der Pfd. Ia Ia Caraca Blatt & Stroh 1,15 Mk. Weiter Einlage mit Blatt 0,70 und 0,75 Mk. Fein-Grat-Einlage von 1.- bis 1,50 Mk. Fein-Grat-Einlage und -Bede von 1,30 bis 2,40 Mk. Pfeifen- u. Glas von 0,30 bis 0,50 Mk. Zucker, Bonbons, Cade und Gewürze billig. Johannes Kobis, Carlshauptplatz 1.

Für Vereine! Colibri. Einladungskarten. Bestappen-Fabrik. A. Wollmann, Breslau, Nicolaisstr. 16.